

KONZEPTPAPIER



FREIE WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

für eine nachhaltige, gerechte Zukunft

FREIE WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

für eine nachhaltige, gerechte Zukunft

INHALT

I. AUSGANGSBASIS	3
II. SITUATIONSANALYSE	4
Finanzierung von Bayerns Hochschulen	4
Mangelnde Chancengerechtigkeit in Studium und Beruf	5
Nachholbedarf bei demokratischer Governance	6
Sanierungsstau enorm	6
Bedingungen für gesellschaftliche Aufgaben nicht optimal	7
III. UNSERE ZIELE	8
IV. KONKRETE MASSNAHMEN	9
Zukunftsstrategie aufsetzen und sozial-ökologische Transformation vorantreiben	9
Finanzierung und Infrastruktur der Hochschulen auf eine sichere Basis stellen	9
Demokratische Governance stärken	11
Hochschulen für angewandte Wissenschaften strukturell stützen	12
Studium & Lehre in den Fokus nehmen	12
Berufsperspektiven in der Wissenschaft schaffen	13
Gläserne Decken durchbrechen: Gleichberechtigung in der Wissenschaft voranbringen	14
Ausgaben für Forschung und Entwicklung im öffentlichen Sektor massiv erhöhen und auf Zukunftsausgaben ausrichten	15
Nachhaltige Wissenschaft: Forschen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation ..	15
Open Science und Digitalisierung der Wissenschaft fördern	16
Ethische Diskussionen und Verantwortung der Forschung stärken	18
Außeruniversitäre Forschung: Bessere Governance-Strukturen und mehr Transparenz in der Forschungsförderung etablieren	18
Bayern als Innovationsstandort sichern	19
V. FAZIT	20

I. AUSGANGSBASIS

Die vergangenen Jahre mit Pandemie, Kriegen und der andauernden Klimakrise haben uns deutlich vor Augen geführt, dass **Wissenschaft und Forschung unerlässlich für eine lebenswerte Zukunft unserer Gesellschaft** sind. Sie geben Orientierung, auch Normen und Werte und weisen den Weg für gesellschaftlichen Wandel. Aufgabe staatlicher Wissenschafts- und Forschungspolitik ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen eine **freie Wissenschaft Lösungsmöglichkeiten für die relevantesten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Probleme und Herausforderungen entwickeln** kann. Freie Forschung und Lehre gehen Hand in Hand; aber sie sind nur wirklich frei, wenn wir es mit unserer Politik schaffen, sie **von Unterfinanzierung, prekärer Beschäftigung und fehlenden demokratischen Strukturen zu befreien**. Und wenn wir sie bei der Bewältigung der zentralen Herausforderungen wie der Digitalisierung und dem Sanierungsstau im Hochschulbau zu unterstützen. Unser grüner Begriff der Wissenschaftsfreiheit bezeichnet kein Laissez-faire, sondern eine Wissenschaftspolitik, die mit der Wissenschaftscommunity in Kontakt steht, die ihre Probleme ernst nimmt und die Freiheit dadurch garantiert, dass sie Hochschulen und Forschungseinrichtungen von Zwängen wie chronischer Geldnot, Baumängeln und fehlender Infrastruktur entlastet.

Für uns Grüne sind Hochschulen und Forschungseinrichtungen die Ideenlabore der Zukunft. Hier entstehen neue Ideen und Technologien. Hier werden geistes- und sozialwissenschaftliche Erkenntnisse weiterentwickelt. Menschen sollen an diesen Orten die Möglichkeit zu fundierter Bildung bekommen – unabhängig von sozialer Herkunft oder finanziellen Möglichkeiten. Als Teil der Gesellschaft muss für uns auch das Wissenschaftssystem nach demokratischen Regeln organisiert und Hochschulen zu Orten gelebter Demokratie werden, weil nur über eine demokratische Struktur und flache Hierarchien in Lehre und Forschung die vollen Möglichkeiten aller ausgeschöpft werden können.

Grüne Wissenschaftspolitik orientiert sich an sechs eng verflochtenen Aufgaben:

- für auskömmliche Finanzierung sorgen
- faire Arbeitsbedingungen für alle einrichten
- mehr Demokratie und flache Hierarchien ermöglichen
- damit nachhaltige, inter- und transdisziplinäre Wissenschaft fördern
- diverse Forschung fördern
- die Freiheit der Wissenschaft sichern

So aufgestellt können Wissenschaft und Forschung ihren wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Denn vor uns liegen wichtige ökologische und gesellschaftliche Herausforderungen, die mit einer einseitigen Fokussierung auf bestimmte wissenschaftspolitische Trends, wie sie in der High-tech Agenda der CSU-Staatsregierung zum Ausdruck kommt, alleine nicht zu lösen sind.

II. SITUATIONSANALYSE

Bayern hat die besten Grundvoraussetzungen, um in Wissenschaft und Forschung erfolgreich zu sein: Neben zehn staatlichen Universitäten und 17 Hochschulen gibt es zahlreiche private Hochschulen im Freistaat. Die Bayerische Akademie der Wissenschaften bringt Forschung in ganz unterschiedlichen Disziplinen hervor. Und die vier großen Forschungsorganisationen Max-Planck, Helmholtz, Fraunhofer und Leibniz sind mit vielen Forschungsinstituten in Bayern präsent.

Finanzierung von Bayerns Hochschulen

Die Forschungslandschaft zeichnet sich durch **große Nähe zu einer hochtechnisierten Industrielandschaft** mit Global Players und kleinen und mittelständischen Unternehmen aus. Über 32 % der Patentanmeldungen bundesweit stammen aus Bayern, mehr als aus jedem anderen Bundesland. Mit den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) von 3,6 % (2019) des Bruttoinlandsproduktes (BIP)¹ zählt Bayern insgesamt zwar zu den Spitzenreitern in Deutschland. Aber diese gute Platzierung hat der Freistaat überwiegend den Forschungsaktivitäten der bayerischen Unternehmen zu verdanken. Die Wirtschaft hat nämlich 76,5 % der gesamten Ausgaben getragen. **Der staatliche Anteil der FuE-Aufwendungen ist im bundesweiten Vergleich relativ zum BIP sehr niedrig.** Nur Hessen und Rheinland-Pfalz geben weniger für Forschung und Entwicklung aus als Bayern. Hier sind es 0,87 % des BIP, davon 0,37 % für außeruniversitäre Forschung und 0,5 % für Hochschulen.

Mit der 2019 gestarteten sogenannten Hightech Agenda, einem von Ministerpräsident Söder groß angekündigten Prestigeprojekt, fließen innerhalb von vier Jahren 3,7 Milliarden Euro in eine sehr eng gefasste Forschungsagenda, die im Wesentlichen auf die Gebiete künstliche Intelligenz, Quantentechnologie, Clean Tech und Luft- und Raumfahrttechnik abzielt. Damit versorgt die CSU-Regierung einige wenige Forschungsbereiche mit Geldern, während andere wichtige Zukunftsthemen und die Grundlagenforschung am langen Arm verhungern. Insbesondere **die Geistes- und Sozialwissenschaftler*innen fühlen sich durch die Staatsregierung nicht nur vernachlässigt, sondern gar in ihrer Existenz bedroht.**² Gerade angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen ist **trans- und interdisziplinäre Forschung notwendig**, die hier aber nicht mitgedacht wird. Es wurden für die hoch priorisierte Hightech-Agenda auch Gelder aus für andere Zwecke vorgesehenen Töpfen, wie z.B. dem Corona-Fonds der Staatsregierung oder dem Zukunftspakt Lehre des Bundes zweckentfremdet. Aus diesen Geldern wurden reine Forschungsprofessuren geschaffen, obwohl die Mittel eigentlich für flächendeckende gute Lehre gedacht waren. Dringend notwendige Mittelbaustellen und überhaupt eine **nachhaltige Finanzierung der neuen Stellen** sind nicht vorgesehen.

Überhaupt geht der Grundfinanzierungsanteil der bayerischen Hochschulen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurück. Im Jahr 2020 stammte weniger als jeder zweite Euro an den bayerischen Hochschulen vom Freistaat.³ Seit 2000 (18.1 %) hat sich der Drittmittelanteil bei der Finanzierung der bayerischen Universitäten nahezu verdoppelt, der Anteil der staatlichen Grundfinanzierung ist dementsprechend gesunken. Damit wächst auch der Einfluss von Privatunternehmen auf Forschung und Lehre. **Die Grundfinanzierung der bayerischen Hochschulen und Universitäten wird immer prekärer.**

1) Vgl. Statistisches Bundesamt: [Anteil der internen Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2020 am Bruttoinlandsprodukt \(BIP\) nach Bundesländern und Sektoren in %](#)

2) Vgl. [Aufruf der Initiative Geistes- und Sozialwissenschaften](#)

3) Gerade einmal 46 % waren 2020 „Trägermittel“ des Freistaats, die restlichen 54 % stammen aus anderen Quellen wie Drittmitteln, Verwaltungsgebühren und vom Bund. Vgl. Statistisches Bundesamt: [Fachserie 11 Reihe 4.5. Bildung und Kultur. Finanzen der Hochschulen](#), S. 16.

Die Drittmittelabhängigkeit wird auch zunehmend zum Problem für die Hochschulen, die so keine dauerhaften Stellen besetzen, sondern viele Wissenschaftler*innen ebenso wie Wissenschaftsmanager*innen nur noch kurzfristig projektbezogen und befristet beschäftigen. Kontinuierliches Forschen ist so kaum möglich. Zudem macht das Wissenschaftszeitvertragsgesetz, das die Ampelkoalition im Bund nun endlich reformieren will und das für die weitaus überwiegende Zahl der Wissenschaftler*innen in Bayern, die Tarifbeschäftigte sind, angewendet wird, wissenschaftliche Berufswege massiv unattraktiv. Es sorgt dafür, dass wissenschaftliche Berufswege nicht planbar und oft nicht mit einem Familienleben vereinbar sind. In vielen Bereichen herrscht daher schon ein Fachkräftemangel. Nicht zuletzt ist die Lehrauftragsquote an den bayerischen Hochschulen noch immer exorbitant hoch. In manchen Fachbereichen wird mehr als die Hälfte der Lehre nicht von regulären Mitarbeitenden abgedeckt, sondern von unterbezahlten Lehrbeauftragten ohne feste Verträge.⁴ Diese **prekären Arbeitsbedingungen** tragen nicht dazu bei, Spitzenwissenschaftler*innen nach Bayern zu holen oder sie hier zu halten, sondern bergen vielmehr noch die Gefahr eines *Brain drain* an Standorte und Länder, in denen es planbarere Berufswege im Wissenschaftssystem gibt.

Mangelnde Chancengerechtigkeit in Studium und Beruf

Unsere Hochschulen sind jedoch fundamental auf die wissenschaftlichen Talente angewiesen. Wenn wir in Bayern die klügsten Köpfe gewinnen wollen, müssen wir dazu schon beim Studium die Grundlagen legen. **Noch immer sind die Bildungschancen in Deutschland sehr ungleich verteilt:** Kinder aus nichtakademischen Haushalten haben dreimal schlechtere Chancen, ein Studium aufzunehmen, zehnmal weniger von ihnen, im Vergleich zu Kindern aus Familien mit akademischem Hintergrund, schaffen es bis zur Promotion.⁵ Das Bayerische gehört dabei weiter zu den selektivsten Bildungssystemen in Deutschland und verändert sich sogar weiter zum Negativen: Bayern fällt vor allem durch eine große Durchlässigkeit nach unten, aber nicht nach oben auf.⁶ Daraus resultieren **ungleich verteilte Chancen auf Studienabschluss und wissenschaftliches Weiterkommen in Bayern.** Neben einer größeren Durchlässigkeit im Bildungssystem sind die Maßnahmen zur Reduktion von Studienabbrüchen in Bayern noch immer unterentwickelt. Während die Entwicklung eigentlich in eine andere Richtung geht, hat die bayerische Staatsregierung sich erst 2019 noch dafür eingesetzt, die Abiturnote als wichtigstes Kriterium für die Aufnahme eines Studiums zu stärken. Eingangstests, die Studieninteressierten auf ihre Kompetenzen für das angestrebte Studium hin testen und ihnen damit einen wichtigen Anhaltspunkt für die Studienwahl geben sollen, unterstützt der Freistaat bis heute noch immer nicht flächendeckend. Insgesamt ist der Fokus der bayerischen Wissenschaftspolitik in den vergangenen Jahren immer einseitiger weg von Studium und Lehre hin zur Forschung gegangen. Das zeigt auch die Tatsache, dass der ganz überwiegende Teil der in Markus Söders High-tech Agenda versprochenen Stellen für reines Forschungspersonal vorgesehen ist. Wir Grüne stehen stattdessen für die **Einheit von Forschung und Lehre.** Nur so können wir sicherstellen, dass aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse auch direkt ins Studium einfließen.

Studierende brauchen jedoch nicht nur die Möglichkeiten zu lernen, sie müssen auch leben und wohnen können. Auch dafür wird zu wenig Geld bereitgestellt: Für sozial flankierende Maßnahmen wie sie die Studierendenwerke bieten, fährt der Freistaat seine Finanzierung immer weiter zurück.

4) Vgl. Lt. Drs. Nr. 17/9516.

5) Vgl. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.: [Diskussionspapier 2. Vom Arbeiterkind zum Doktor. Der Hürdenlauf auf dem Bildungsweg der Erststudierenden](#)

6) Vgl. News4Teachers: [Absturz für Bayern: „Chancenspiegel“ attestiert Schulsystem im Freistaat, veraltet zu sein \(und: Wie die anderen Bundesländer abschneiden\)](#) und Bertelsmann: [Chancenprofil Bayern](#)

Die staatlichen Ausgaben in diesem Bereich sinken nicht nur bezogen auf Studierendenzahlen, sondern auch absolut gesehen: Über 404.000 junge Menschen studieren heute in Bayern – rund 50 % mehr, als vor zehn Jahren (ein Ende des steigen Anstiegs der Studierendenzahlen wird aufgrund des demografischen Wandels frühestens um 2025 erwartet). Der Zuschuss für die Studierendenwerke jedoch ist seit einem Jahrzehnt wie festgefroren. Im Haushaltsplan 2022 liegt er bei 11,2 Millionen Euro, im Jahr 2005 waren das noch 11,45 Millionen Euro. Trotz steigender Studierendenzahlen hat die Staatsregierung, statt ärmeren Studieninteressierten günstige Wohnheimplätze anzubieten, deren Zahl in den vergangenen Jahren sogar leicht zurückgebaut.

Gerade in den Bereichen Vielfalt und Diversität hat die bayerische Hochschullandschaft aus diesen Gründen noch einen großen Nachholbedarf. Ausländische Studieninteressierte und Studierende stehen oft vor denselben Zugangshindernissen wie Kinder aus nichtakademischen Elternhäusern. Erst seit 1903 dürfen Frauen* in Bayern studieren, doch sie machen inzwischen die Mehrheit der Studienanfänger*innen aus. Dennoch zeigt sich bei den Promotionen und später bei akademischen Leitungspositionen hier eine deutliche Unterrepräsentanz: Während aktuell rund 50 % der Studierenden weiblich sind⁷, wird nur jede dritte Habilitation von einer Frau* abgeschlossen⁸. Bei den Professor*innen sind wir in Bayern bei einem beschämend niedrigen Frauenanteil von derzeit 24 %.⁹ Während der Corona-Pandemie haben wir gesehen, wie sich bestehende Geschlechterungerechtigkeiten wieder verstärkt haben und insbesondere die Publikationsleistung von Frauen* deutlich zurückgegangen ist.¹⁰

Nachholbedarf bei demokratischer Governance

Die Studierendenvertretungen in Bayern sind vom guten Willen und vom Geldbeutel ihrer Hochschulverwaltungen abhängig. Eine Begleitung hochschulpolitischer Prozesse in- und außerhalb der Hochschulen wird so deutlich erschwert. Bayern ist das letzte Bundesland ohne studentische Selbstverwaltung. Anstatt demokratische Strukturen an unseren Hochschulen weiter auszubauen, will die Staatsregierung ein noch straffereres Managementsystem an den Hochschulen etablieren, das die Belange aller Träger*innen der Wissenschaftsfreiheit, das heißt Hochschullehrer*innen, Beschäftigter und Studierender, zugunsten vermeintlich effektiverer Führungsstrukturen abschafft. Damit gefährdet sie nicht nur die Wissenschaftsfreiheit, sondern auch die Akzeptanz von Entscheidungen innerhalb der Hochschulen, die bisher in der akademischen Selbstverwaltung kanalisiert wurden. Diese neoliberalen Ideen und das Konkurrenzdenken, denen die Staatsregierung noch hinterherläuft, sind inzwischen seit Jahrzehnten veraltet.

Sanierungsstau enorm

Nicht nur bei den Beschäftigten und den Studierenden, sondern auch beim Bau und Bauunterhalt wird **jahrzehntelanges Kaputtsparen den bayerischen Hochschulen** zum Verhängnis. Mancherorts bröckelt im tatsächlichen Sinne die Bausubstanz vor sich hin. Der Sanierungsstau – allein bei den so genannten „großen Baumaßnahmen“ über 1 Million Euro – beträgt an den Hochschulen in Bayern inzwischen 5,8 Milliarden Euro.¹¹ Tendenz steigend. Wo der Freistaat viel zu wenig Geld für den Gebäudeerhalt bereitstellt, zieht er sich noch deutlicher aus seiner klimapolitischen Verantwortung zurück.

7) Vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik: [Studierende im Wintersemester 2022/23 - vorläufiges Ergebnis](#)

8) Vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik: [Habilitationen in Bayern im Jahr 2020](#)

9) Vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik: [Hochschulpersonal für die Jahre 2020 und 2021](#)

10) Vgl. Forschung und Lehre: [Zahl der Publikationen von Frauen sinkt](#)

11) Stand 2020, Quelle: Bericht der Staatsregierung auf Lt. Drs. Nr. 18/4092.

Solange der Hochschulbereich, der mit den größten Liegenschaftsbestand des Freistaats umfasst, aus den Klimaneutralitätszielen der Staatsregierung ausgeklammert ist, bleibt das Ziel der Klimaneutralität ein Treppenwitz. Während die Hochschulen sich selbst zu einem klimaneutralen Bau und Betrieb verpflichtet haben, fehlt ihnen die Unterstützung des Freistaats als Träger völlig. Die bayerischen **Hochschulen wurden aus dem Klimaschutzgesetz ausgenommen** und können so auch auf keine verlässliche Unterstützung der CSU-Regierung für die selbst avisierten Klimaschutzziele hoffen.

Bedingungen für gesellschaftliche Aufgaben nicht optimal

Für den Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse in Gesellschaft und Wirtschaft gibt es einige gute Beispiele in Bayern – wie Citizen Science und Wissenschaftsslams. **Die Anwendungsorientierung der Forschungslandschaft in Bayern bleibt mangels einer Unterstützung durch die Staatsregierung jedoch leider hinter ihren Möglichkeiten zurück.** In anderen Bundesländern sind Konzepte wie Reallabore, in denen wissenschaftliche Forschung etwa mit der Stadt- und Regionalplanung oder mit zivilgesellschaftlichen Initiativen verzahnt werden, auch durch staatliche Förderung deutlich verbreiteter.

Generell schwierige Transferbedingungen sind auch ganz aktuell ein großes Problem, stehen unsere Hochschulen doch im Fokus der internationalen Politik. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist auch für die Wissenschaft in Bayern eine Zeitenwende. Fächer wie die Friedens- und Konfliktforschung und mindestens genauso stark die Energieforschung sind plötzlich im Fokus der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit, um nach Lösungen für die aus dem Krieg erwachsenden Konflikte zu sorgen. Internationale Konflikte wirken sich auch auf die Wissenschaftspolitik in Bayern aus. Kooperationen mit Autokratien, die Forschungsergebnisse für militärische Anwendungen nutzen, müssen auf den Prüfstand. Während die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Russland auf Eis liegt, haben viele ukrainische Forscher*innen den Weg nach Bayern gefunden.

Keine Verbesserungen bei den Fragen von Grundfinanzierung, Beschäftigungsbedingungen oder auch Klimaneutralität bietet leider das neue Hochschulgesetz der Bayerischen Staatsregierung. Die Staatsregierung hat sich über weite Teile der aktuellen Legislaturperiode darin verzettelt, ein Gesetz durchdrücken zu wollen, das weder innovativ war noch die tatsächlichen Probleme an den Hochschulen lösen kann. Am Anfang steht weiter ein veralteter Begriff von Hochschulautonomie, der den Hochschulen zwar einen rechtlichen Autonomiestatus geben, gleichzeitig aber den Freistaat aus seiner Verantwortung ziehen will, die richtigen Rahmenbedingungen für die Wissenschaftslandschaft in Bayern zu installieren. Die Ideen der Söder-Regierung hier sind nicht innovativ, sondern vielmehr in den neoliberalen Denkstrukturen der späten 1990er Jahre stecken geblieben, in denen vor allem die wirtschaftliche Verwertbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnis und eine stark zentralisierte Hochschulverwaltung angesagt waren. Dieses Projekt hat in den vergangenen Jahren viele Energien gebunden, die die Staatsregierung weit besser in die Unterstützung der bayerischen Hochschulen hätte stecken können.

Mit der Gründung der neueren Landesuniversitäten Ende der 60er Jahre, der Gründung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften (damals noch Fachhochschulen) in den 70ern, 80er und 90er Jahren und der dritten Ausgründungswelle in den 2010er Jahren mit der Gründung einer Vielzahl von Zweigstellen und Technologietransferzentren in Rahmen der sogenannten „wissenschaftsgestützten Strukturpolitik“ hat Bayern mittlerweile in allen Regierungsbezirken ein ausdifferenziertes, flächendeckendes System an Hochschul- und Forschungseinrichtungen.

Dennoch gibt es offenbar keine klare Strategie in Bezug auf das Verhältnis zwischen strukturpolitischer Ausrichtung vs. wissenschaftlichem Spitzenanspruch, was sich darin zeigt dass Bayern auch bei der letzten Runde der Exzellenzstrategie unter den Erwartungen blieb: **Während Bayern lediglich zwei Exzellenzuniversitäten in München beibehielt und im Rest des Landes sich keine weitere etablieren konnte, kann Baden-Württemberg landesweit vier Exzellenzuniversitäten vorweisen.**

Unterm Strich: **Eine hohe Konzentration von Spitzenforschung in und um München und (noch) steigende Studierendenzahlen dürfen nicht über die strukturellen Mängel im bayerischen Wissenschaftssystem und die Auswirkungen der chronischen Unterfinanzierung hinwegtäuschen. Die Staatsregierung gibt sich der Illusion hin, sich widersprechende Ziele alle gleichzeitig zu schaffen: Prestigeprojekte ankündigen und den Bestand erhalten, den Wissenschaftsstandort München stärken und gleichzeitig das ganze Land daran teilhaben zu lassen, eine Hochschulreform gegen großen Widerstand der ganzen Wissenschaftscommunity durchdrücken und gleichzeitig kluge Köpfe im Land behalten. Trotz widriger Rahmenbedingungen in der bayerischen Wissenschaftspolitik und erschwerten Bedingungen während der Corona-Pandemie leisten Wissenschaftler*innen in Bayern Großartiges. Doch Bayern schöpft die großen Möglichkeiten, die seine Wissenschaftslandschaft in sich trägt, im Moment nicht aus. Wir können noch deutlich mehr!** In diesem Konzept wollen wir Grüne zeigen, in welchen Bereichen ein dringender Handlungsbedarf besteht und wie wir diesem begegnen können.

III. UNSERE ZIELE

Forschung an Zukunftstechnologien muss breit aufgestellt sein und trotzdem fokussiert. Eine mutige und nachhaltige Innovationspolitik ist methoden- und technologieoffen und setzt auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit aller wissenschaftlichen Disziplinen. Nur so kann sie ein Treiber für die soziale und ökologische Transformation zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Gesellschaft und Wirtschaft sein.

Die Grundlage für Forschung, Lehre wie auch Wissenschaftskommunikation und Transfer ist eine **solide Grundfinanzierung** von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die Grundfinanzierung der bayerischen Hochschulen muss auskömmlich sein, damit diese ihre Aufgaben in Forschung und Lehre wahrnehmen und Wissenschaftskommunikation leisten können. Drittmittel sind ein zusätzlicher Anreiz, dürfen aber nicht die Grundfinanzierung, die der Freistaat als Träger der Hochschulen sicherzustellen hat, ersetzen. Den **Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt wollen wir auf 4 % steigern** und damit mit innovationsstarken Ländern wie Japan, Israel und Südkorea gleichziehen. Für die Umsetzung einer zukunftsgerichteten Forschungsagenda müssen wir in die klugen Köpfe investieren, die Forschung und Innovation in Bayern vorantreiben und die sie auch in der Lehre an neue Generationen von Studierenden weitergeben. Mit einer soliden Grundfinanzierung werden wir daher **Dauerstellen für Daueraufgaben** in der Wissenschaft schaffen.

Dafür ist nicht zuletzt auch **eine Stärkung der hochschulinternen Demokratie** wichtig. Nur über demokratische Prozesse kommen die besten Ideen durch und nicht nur die Ideen von den Mitgliedern der höchsten Hierarchieebene einer Hochschule. Wir werden die Hochschulgremien in ihren Rechten stärken und ihre innere Verfasstheit weiter demokratisieren. Die Hochschulräte wollen wir mehr als bisher in die Position bringen, ihrer eigentlichen Idee als externe Innovationsgeber*innen gerecht zu werden, indem wir sie von Verwaltungsaufgaben entbinden und viel mehr als bisher auch Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft die Möglichkeit geben, dort ihre Inputs zur strategischen Weiterentwicklung der Hochschulen einzubringen.

Nicht zuletzt werden wie die studentische Selbstverwaltung durch eine Verfasste Studierendenschaft stärken damit Bayern die rote Laterne bei der hochschulinternen Demokratie endlich abgibt.

Aufgrund des maroden Bauzustands vieler Hochschuleinrichtungen, muss der Freistaat aber auch hier seine Verantwortung übernehmen. Wir können nicht die klügsten Köpfe für die bayerische Wissenschaftslandschaft gewinnen, wenn sie am Ende in Bauruinen arbeiten müssen, in denen ihnen die Decke wortwörtlich auf den Kopf fällt. Hochschulbau ist eben nicht Geld für Beton, wie die Regierungsfractionen es begreifen, sondern eine Investition in die Zukunft der bayerischen Wissenschaftslandschaft. In diesem Zuge müssen wir auch die **klimaneutrale Sanierung im Hochschulbau** endlich mit einer eigenen Förderlinie voranbringen.

Eine moderne Wissenschaftspolitik soll gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern sichern. Es ist bekannt, dass Hochschulstandorte generell Studierende, Lehrende und innovative Unternehmen anziehen, die für hochqualifizierte Arbeitsplätze sorgen. Im Freistaat wurden in den letzten Jahren einige kleinere Wissenschaftsstandorte geschaffen. Bei einigen dieser Standorte ist eine Dynamik zu erkennen, bei anderen – insbesondere bei sehr kleinen Dependancen existierender Hochschulen – scheint schon eine Sättigung eingetreten zu sein. Unklar und auch durch ein Gutachten nicht zu klären sind bislang jedoch die strukturellen Bedingungen, die für eine dynamische Entwicklung kleinerer Studienorte notwendig sind. Es ist Aufgabe einer datenbasierten Wissenschaftspolitik, die **Bedingungen und Indikatoren für gelingende Standorte in der Fläche zu ermitteln**. Wir werden uns diesen Fragen annehmen.

IV. KONKRETE MASSNAHMEN

Zukunftsstrategie aufsetzen und sozial-ökologische Transformation vorantreiben

Bayerns Wissenschaftspolitik braucht eine Zukunftsstrategie, damit der **sozial-ökologische Wandel** im Freistaat gelingen kann. Es reicht nicht, mit einer Hightech Agenda die naturwissenschaftliche und technische Exzellenz in wenigen Bereichen zu sichern. **Wir brauchen in Zusammenarbeit mit den Sozial- und Geisteswissenschaften interdisziplinäre Forschung, die sich den großen Herausforderungen unserer Zeit widmet, exzellente Forschungsansätze vernetzt und zu einer Forschungsstrategie für ein nachhaltiges Bayern führt**. Wir wollen unsere Wissenschaftspolitik unter die Überschrift der 17 Entwicklungsziele der Vereinten Nationen stellen und darauf eine gesamtheitliche Zukunftsstrategie aufbauen. Dazu gehört für uns eine klare Schwerpunktsetzung, die gleichzeitig nicht einengt.

Nur interdisziplinäre Forschung kann Szenarien für klimaneutrale Wirtschafts- und Lebensweisen entwerfen. Auch das benötigte Transformationswissen, wie wir uns als Gesellschaft zu diesen nachhaltigen Szenarien hinbewegen, kann nur inter- und transdisziplinäre Wissenschaft schaffen.

Dabei kann Wissen ohne breite Sichtbarkeit nur wenig zum sozial-ökologischen Wandel beitragen. Deswegen muss **die starke Einbettung der Forschung in die Gesellschaft**, ein **kostenfreier Zugang zu Forschungsergebnissen** und eine **wirksame Wissenschaftskommunikation Teil der Zukunftsstrategie** sein.

Unter missionsgetriebener oder missionsorientierter Forschung verstehen wir eine Forschung, die sich an den aktuellen großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit orientiert. Als klaren Schwerpunkt der missionsgetriebenen Forschungspolitik begreifen wir die technologieoffene Forschung zu Klimaschutz und Klimaresilienz.

Über die kommenden zehn Jahre wollen wir eine Klimamilliarde an Fördergeldern im Haushalt für das Schwerpunktthema sozial-ökologischer Wandel einsetzen. Wir wollen Bayern damit zum Vorreiter in Deutschland und Europa machen. Dabei wird unsere Zukunftsstrategie für die bayerische Wissenschafts- und Forschungspolitik mit nationalen, europäischen und internationalen Programmen eng verzahnt.

Finanzierung und Infrastruktur der Hochschulen auf eine sichere Basis stellen

Um hervorragende Forschung und Lehre in Bayern zu ermöglichen, brauchen Wissenschaftler*innen und Studierende eine solide Basis. **Die in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegene Drittmittelabhängigkeit der Hochschulen wollen wir senken, indem wir den Hochschulen eine auskömmliche Grundfinanzierung zur Verfügung stellen.** Die Ausfinanzierung der Hochschulen ist staatliche Aufgabe, die sich aus dem Kulturstaatsprinzip in der Bayerischen Verfassung ergibt – Drittmittel dürfen nur die Kür sein. Problematisch sind Entwicklungen, in denen Wirtschaftsunternehmen Lehrstühle und ganze Institute kaufen, und so natürlich auch Einfluss auf die Gestaltung von Forschung und Lehre nehmen können. Deutliche Beispiele sind die 20 von der Dieter-Schwarz-Stiftung (LIDL) finanzierten Lehrstühle der TU München oder das von Facebook gesponsorte Institute for Ethics in Artificial Intelligence, ebenfalls an der TUM. Um den Drittmiteleinsatz künftig wenigstens der Wissenschaftscommunity wie auch der Öffentlichkeit offenzulegen, führen wir ein Transparenzregister nach dem Vorbild anderer Bundesländer wie Baden-Württemberg oder Bremen ein.

Außerdem müssen bayerische Wissenschaftsakteure für die geopolitischen Herausforderungen unserer Zeit gewappnet werden, um nicht Handlanger für autoritäre Regime zu werden. Vor diesem Hintergrund ist insbesondere der Umgang mit dem immer autoritärer agierenden China zu überprüfen. Es ist erklärtes Ziel der politischen Führung der Volksrepublik China, sich als eine der wichtigsten Wissenschaftsnationen sowie als militärische Supermacht weltweit zu positionieren. Deswegen sollte sich Bayern hier an den Richtlinien der Bundesregierung orientieren und Wissenschaftskooperationen nur auf der Basis einer evidenzbasierten Risikoabwägung eingehen.

Auf bayerischer Ebene dient BayCHINA als zentrale Informations-, Vernetzung-, Kontakt- und Servicestelle für alle bayerischen Hochschulen, um den akademischen Austausch mit China zu fördern. Wir Grüne fordern, BayCHINA ohne weitere Mittelerhöhung als Beratungsstelle für die Herausforderungen mit China umzubauen.

Die Höhe der staatlichen Finanzierung der Hochschulen sollte zunehmend von der Anzahl der Studienanfänger*innen abgekoppelt werden. Aufgrund des demografischen Faktors wird die Anzahl der Studierenden nicht mehr stark ansteigen. Der Fokus sollte stattdessen verstärkt auf die Anzahl erfolgreicher Abschlüsse gelegt werden.

Weiterhin lehnen wir als Grüne jede Art von Studiengebühren ab. Genauso lehnen wir überhöhte Bewerbungsgebühren für Studiengänge ab, von denen sich eine Lenkungswirkung versprochen wird. Die Gebühren schaffen eine zusätzliche Hürde, ein Studium aufzunehmen und meist überwiegt der Verwaltungsaufwand den finanziellen Nutzen für die Hochschulen um ein weites. Die Studienzuschüsse, die im Rahmen der Abschaffung der Studiengebühren durch das Volksbegehren 2013 den Hochschulen zur Verfügung gestellt wurden, sollen den Hochschulen als studierendenbezogene Mittel beibehalten werden und ihre Höhe entsprechend der Teuerungsraten dynamisiert werden. Über ihre Verwendung soll auch weiterhin im bisherigen Verteilungsmodus, in dem die Studierenden paritätisch beteiligt sind, entschieden werden.

Neben der akuten Geldknappheit trifft viele Hochschulen in Bayern auch eine große Raumknappheit. Durch marode und zum Teil nicht mehr nutzbare Gebäude wird die in den vergangenen Jahren zunehmend verstärkt. **Wir werden ein 10-Jahres-Programm zum Abbau des Sanierungsstaus von inzwischen über 5,8 Milliarden Euro im bayerischen Hochschulbau auflegen.** Dazu erwarten wir eine finanzielle Unterstützung des Bundes im Rahmen eines Bund-Länder-Programmes und werden das aktiv einfordern.

Im Rahmen der Gebäudesanierungen müssen selbstverständlich zeitgemäße Energiestandards berücksichtigt werden. Die Auswirkungen der Klimakrise fordern unsere Hochschulen genauso wie die Gesamtgesellschaft heraus. **Deswegen haben alle staatlichen bayerischen Hochschulen ihren Willen erklärt, bis 2028 klimaneutral zu werden. Wir wollen sie insbesondere in den Bereichen Hochschulbau, Bauunterhalt, Beschaffung und Betrieb dabei unterstützen.**

Zu einer zukunftsfähigen Hochschullandschaft gehört nicht zuletzt eine gut ausgebaute IT-Infrastruktur. Während der Digitalsemester im Rahmen der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass wir hier noch erheblichen Nachbesserungsbedarf sowohl bei Serverinfrastrukturen aber auch bei der Umsetzung digitaler Lehre, beispielsweise in der Didaktik haben. Diese Defizite wollen wir mit Sach- und Personalmitteln über die nächsten Jahre abbauen und Bayerns Hochschulen digital fit machen.

Demokratische Governance stärken

Den bisherigen Status der Hochschulen als staatliche Einrichtungen werden wir beibehalten. **Bestrebungen zur Privatisierung bisher staatlicher Hochschulen lehnen wir ab.** Anders als bisher wollen wir auch die strategische Hochschulsteuerung demokratisieren und dazu auf Seiten der Hochschulen die internen, gewählten Gremien und auf Seiten des Freistaats den Landtag mehr in den Abschluss der Zielvereinbarungen einbeziehen.

Neben der externen Governance wollen wir auch die hochschulinterne Governance verbessern, indem wir die **demokratischen Gremienstrukturen stärken. Senat und Fakultätsrat werden wir zentrale Entscheidungskompetenzen, die bisher auf Hochschulrat, Hochschulleitung und Erweiterte Hochschulleitung ausgelagert waren, wieder zurückgeben,** etwa die Änderung der Grundordnung, die Einrichtung von Studiengängen oder die Verabschiedung des Körperschaftshaushaltes. Innerhalb der Gremien werden wir eine **Viertelparität** nach dem Vorbild des aktuell gültigen Thüringischen Hochschulgesetzes einführen. Damit stellen wir hochschulinterne Entscheidungen auf eine breite Entscheidungsbasis und schaffen innerhalb der Hochschulfamilie eine größere Akzeptanz für Entscheidungen. Dabei beachten wir natürlich die verfassungsmäßig gebotenen Aspekte der Wissenschaftsfreiheit. Alle anderen Fragen berühren Mitarbeitende und Studierende als Träger*innen der Wissenschaftsfreiheit gleichermaßen. Bei Fragen der Bewertung der Lehre werden wir die Studierenden paritätisch und mit einem Stichentscheidungsrecht beteiligen.

Den Hochschulrat wollen wir von einer Entscheidungsinstanz, eine Aufgabe, für die er aktuell nicht optimal aufgestellt ist, hin zu einem Gremium machen, das die hochschulinternen Gremien bei der strategischen Zielsetzung unterstützen und beraten kann. In dieser, seiner ursprünglichen Aufgabenstellung kann der Hochschulrat mit seiner zur Hälfte externen Besetzung seine Stärken ausspielen. Wir wollen dazu außerdem die Möglichkeiten schaffen, auch die Zivilgesellschaft als wichtige externe Stimme in den Hochschulrat einzubinden.

Wir verankern die Themen Gleichstellung und Diversity ganz oben, indem wir die Frauenbeauftragten stimmberechtigt an den Sitzungen von Hochschulleitung, Hochschulrat und Senat bzw. den entsprechenden fakultären Gremien teilnehmen lassen. Um diese Aufgabe wahrzunehmen zu können statten wir die Frauenbeauftragten mit entsprechenden Mitteln und Stellen aus.

Neben demokratisch verfassten Strukturen gehört für uns zu Demokratie aber auch das Prinzip, eigene Angelegenheiten selbstverwaltet wahrnehmen zu können. Bayern ist das einzige Bundesland, in dem die Studierendenschaft ihre Angelegenheiten nicht selbst wahrnehmen können. Die Einführung unabhängiger, studentischer Rechtsberatungen und die Möglichkeit, selbst Semestertickets zu verhandeln sind nur zwei ganz praktische Vorteile einer Verfassten Studierendenschaft. **Wir werden daher eine selbstverwaltete, Verfasste Studierendenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat in Bayern wieder einführen.**

Auch innerhalb der Studierendenwerke wollen wir die studentische Mitbestimmung stärken, indem wir die Anzahl der studentischen Vertreter*innen in Vollversammlung und Verwaltungsrat erhöhen und ihnen ermöglichen, als Vorsitzende gewählt zu werden.

Hochschulen für angewandte Wissenschaften strukturell stützen

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind ein wichtiges Rückgrat für die Wissenschaftslandschaft in Bayern. Mit der zweiten Gründungswelle der HAWen in den 1990er-Jahren konnte wissenschaftliche Lehre und Forschung in allen Regionen in Bayern verankert werden. Die Hochschulen wirken in die Region hinaus und interagieren mit Gesellschaft und Wirtschaft vor Ort. Für viele nichttraditionelle Studierende und First-in-Family-Studierende sind die HAWen zu einem wichtigen Anlaufpunkt zur Aufnahme eines Studiums geworden und tragen so auch zur Bildungsgerechtigkeit in Bayern bei.

Das Promotionsrecht für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, das nun endlich Realität wird, war eine jahrelange Forderung von uns Grünen. Wir freuen uns, dass die HAWen dadurch nun endlich gestärkt werden sollen. Diese Maßnahme muss nun aber auch endlich durch strukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lehr- und Forschungsbedingungen an den HAWen flankiert werden. So muss der Aufbau eines Wissenschaftlichen Mittelbaus deutlich vorangetrieben werden, wenn Forschung und Lehre gestärkt werden sollen. Die **Reduzierung des Lehrdeputats von HAW-Professor*innen** ist ein längst überfälliger Schritt, wenn wir die Einheit von Forschung und Lehre beibehalten wollen. Nur so können wir sicherstellen, dass die aktuellen Erkenntnisse aus der Forschung auch Einzug in die Lehre finden. Damit können wir unmittelbar Einfluss auf die Qualität des Studiums an den bayerischen HAWen nehmen.

Studium & Lehre in den Fokus nehmen

Ein Fokus auf Studium und Lehre ist zentral, wenn wir wissenschaftliche Talente für die Zukunft gewinnen wollen. Leider hat die Staatsregierung dieses Thema in den vergangenen Jahren nur stiefmütterlich behandelt. **Für uns Grüne ist zentral, dass die Einheit von Forschung und Lehre beibehalten wird.** Nur wenn aktuelle Forschungsergebnisse auch in die Lehre einfließen, können wir weiter ein qualitativ hervorragendes Studium in Bayern ermöglichen. Die massenhafte Einführung reiner Forschungsprofessuren und ähnlicher Niedrigdeputatsstellen lehnen wir daher ab.

Wir sehen, dass oftmals Geldsorgen, berufliche Aufgaben oder Betreuungsverpflichtungen den Studienerfolg beeinträchtigen oder oft sogar verhindern, dass überhaupt ein Studium aufgenommen wird. Wir wollen für Berufstätige, Eltern, Pflegende und allen anderen, denen das zugutekommt, Strukturen schaffen, die ihnen das Studium erleichtern. Zu diesem Zweck werden wir als Grüne in Bayern das **Recht auf Teilzeitstudium** im Hochschulrecht verankern.

Gerade für Studieninteressierte mit Betreuungsverpflichtung gegenüber Kindern oder Eltern und für soziale Härtefälle sind Vorabquoten, das heißt die Verteilung einer gewissen Anzahl an Studienplätzen bereits vor dem stark notenbasierten Auswahlverfahren, eine gute Möglichkeit, sie zu einem Studium zu ermutigen. Solche Vorabquoten sollen von den Hochschulen flexibler als bisher gehandhabt werden können.

In Studium und Lehre ist insbesondere die voranschreitende Akademisierung der Gesundheitsberufe eine große Herausforderung für die Hochschulen, die durch Eigeninitiative gestemmt wird. Wir unterstützen die Hochschulen durch mehr Personalmittel für die akademische Lehre und setzen uns dafür ein, dass in Bund und Land die politischen Rahmenbedingungen für ausreichende Praxisplätze geschaffen werden.

Auch für Promovierende wollen wir die Bedingungen verbessern. Dazu wollen wir obligatorische Promotionsvereinbarungen einführen, die grundlegende Rahmenbedingungen rund um das Promotionsvorhaben regeln, wie Regelungen im Streitfall, ein individuelles Studienprogramm oder eine festgesetzte Begutachtungsdauer. Die weitgehende Übereinstimmung von Betreuung und Begutachtung wollen wir aufheben, um Promovierende aus der Situation zu lösen, von einer Person gleichzeitig arbeits- wie prüfungsrechtlich abhängig zu sein.

Berufsperspektiven in der Wissenschaft schaffen

Auch für die Zeit nach der Promotion werden wir die Perspektiven in der Wissenschaft deutlich verbessern. Derzeit herrscht das Modell „Up or Out“ an Bayerns Hochschulen. Beiträge unter dem Stichwort #IchBinHanna haben in den vergangenen Jahren in aller Deutlichkeit aufgezeigt, wie prekär die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft tatsächlich sind. Unbefristete Stellen sind in der Wissenschaft die seltene Ausnahme. Vier von fünf Wissenschaftler*innen bundesweit sind nur befristet beschäftigt.¹²

Wir werden das Prinzip „**Dauerstellen für Daueraufgaben**“ endlich umsetzen und Schluss machen mit Kettenbefristungen und prekären Arbeitsverhältnissen an Bayerns Hochschulen und auch den staatlichen Forschungseinrichtungen wie der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. **Für Daueraufgaben in Lehre und Forschung schaffen wir daher Mittelbaustellen als (Senior) Lecturer und (Senior) Researcher, die entfristet werden.** Diese dauerhaften Mittelstellen bieten einen alternativen Berufsweg neben der Professur, bieten sichere Arbeitsbedingungen und nehmen so Druck aus dem Wissenschaftssystem. Kreatives Arbeiten, wie es in Lehre und Forschung gefragt ist, ist nur ohne Existenzängste möglich. Nicht zuletzt setzen wir damit ein Zeichen gegen die Abwanderung von Wissen und gegen den Verlust von Wissen, das mühevoll neu aufgebaut werden muss. Wir Grüne bekennen uns zu unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen in der Wissenschaft. Vorbild sind hier bundesweit unter anderem die Hansestadt Bremen mit ihrem Hochschulgesetz und das neue hessische Hochschulrecht.

In Zusammenarbeit mit unseren Wissenschaftspolitiker*innen auf Bundesebene setzen wir uns für eine Reform des WissZeitVG ein, die die Arbeitnehmer*innenperspektive endlich mit einbezieht und die massiven Lücken für prekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen endlich aufhebt. Dazu muss der Freistaat jedoch neue Stellen schaffen.

12) Vgl. [Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2021](#), S. 10.

Gleichzeitig wollen wir Lehraufträge wieder auf ihren ergänzenden Charakter in der Lehre zurückführen. Derzeit erwirtschaften viele Lehrbeauftragte, trotz des eigentlich nebenamtlichen Charakters der Stellen, dort einen großen Teil ihres Einkommens und leisten zum Teil grundständige Lehre. Wir werden im Hochschulrecht daher Schranken für die Vergabe von Lehraufträgen einziehen, die es verunmöglichen, Daueraufgaben in der Lehre durch Lehrbeauftragte erfüllen zu lassen. Stattdessen schaffen wir die Möglichkeit, dass Lehrbeauftragte sich mit ihrer teils umfangreichen Lehrerfahrung erfolgreich auf die neuen Dauerstellen als Lecturer oder Lehrkraft für besondere Aufgaben bewerben können.

Wir halten die Hochschulen dazu an, auch bei der Projekt- und Drittmittelfinanzierung von Stellen Entfristungen zu ermöglichen. Im Rahmen von Stellenpools können auch aus drittmittelfinanzierten Projekten und aus Overheadposten unbefristete Stellen für Daueraufgaben, etwa im Wissenschaftsmanagement, geschaffen werden. Dies ist nicht nur arbeitnehmer*innenfreundlicher als die bisherige Befristungspraxis, sondern würde auch zu einer effizienteren Stellenverwaltung führen, wie der Bayerische Oberste Rechnungshof in seinem Prüfbericht zum Personal an den Hochschulen 2021 ausführt (S. 21).

In allen Bereichen der Hochschulen wollen wir Personalstrukturpläne umsetzen, die Dauerstellen und zukünftige Bedarfe identifizieren; wir wollen Personalentwicklungskonzepte etablieren, um den wissenschaftlichen und wissenschaftsunterstützenden Beschäftigten ein berufliches Fortkommen und auch die Möglichkeit zur lebenslangen Weiterbildung zu ermöglichen. Insbesondere im Wissenschaftsmanagement wollen wir damit die Wissensweitergabe verbessern, aber auch bessere Arbeitsbedingungen schaffen.

Gläserne Decken durchbrechen: Gleichberechtigung in der Wissenschaft voranbringen

Zur Personalentwicklung gehören für uns zwingend auch Gleichstellung und Diversity. In vielen Bereichen und insbesondere in den oberen Ebenen der Wissenschaftslandschaft stehen wir noch immer vor großen Herausforderungen bei der Frauenförderung und der Umsetzung von Diversity-Standards.

Wir unterstützen als Maßnahme der Frauenförderung die Etablierung des Kaskadenmodells, nach dem sich der Zielwert für die Frauenquote einer wissenschaftlichen Ebene innerhalb eines Fachbereichs immer an der nächstniedrigeren Qualifikationsstufe orientiert. Das heißt, der Zielwert der Professorenschaft orientiert sich an der Zahl der habilitierten Frauen. Gleichzeitig wollen wir verbindliche Gleichstellungskonzepte auch für das wissenschaftliche Personal an den Hochschulen etablieren. Erfreulicherweise hat die Staatsregierung sich nach langem Druck von unserer Seite hier beim neuen Hochschulgesetz für Bayern bewegt.

Wir wollen Gleichstellung auch in den Gremien herstellen. Neben dem Stimmrecht der Frauenbeauftragten in Hochschulleitung, Hochschulrat und Senat wollen wir diese Gremien auch in allen Statusgruppen geschlechterparitätisch besetzen. Die Frauenbeauftragten sollen insbesondere auch bei Einstellungs- und Bleibeverhandlungen frühzeitig miteinbezogen werden.

Prekäre Arbeitsverhältnisse sind per se nicht familienfreundlich. Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie ist nicht gegeben, solange es nicht eine ausreichende Anzahl an entfristeten Stellen gibt. Wissenschaftler*innen sollen sich nicht zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind auch für Wissenschaftler*innen insbesondere aus dem EU-Ausland ein Lebensrisiko. Diese werden erst nach Bayern gelockt, aber ihre Aufenthaltsgenehmigungen hängen oft an den meist kurzfristigen Verträgen.

Auch das Engagement in Gremien der akademischen Selbstverwaltung muss familienfreundlicher werden. Sitzungen, die bis tief in die Nacht hinein gehen, dürfen nicht der Regelfall sein. Und wenn das doch einmal passiert, brauchen wir Regelungen, die auch Studierenden und Beschäftigten mit Betreuungsverpflichtungen eine Teilnahme ermöglichen. Beispielsweise indem die Hochschule eigene Betreuungsangebote anbietet oder die Kosten einer selbst organisierten Betreuungsmöglichkeit übernimmt.

Wir Grüne streiten für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt leben und teilhaben können. Deshalb muss auch Hochschulpolitik das Thema Inklusion viel stärker in den Fokus nehmen. Nach wie vor gibt es zahlreiche Exklusionsrisiken an den Hochschulen sowie an den Übergängen von der Schule an die Hochschule und später in den Arbeitsmarkt. Viele Hochschulen sind noch immer nicht ohne Hindernisse für alle Menschen zugänglich. **Wir wollen die Hürden in Studium und Forschung für Menschen mit Behinderung abbauen. Deshalb setzen wir uns bei Neubauten und Sanierungen für höchste bauliche Standards zur Unterstützung der Inklusion ein. Vor allem bauliche und technische Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit ebenso wie ein flächendeckend barrierefreier Zugang zum digitalen Informations- und Serviceangebot der Hochschulen müssen noch stärker umgesetzt werden.** Dafür wollen wir Grüne mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Aber auch bei konkreten Unterstützungsmöglichkeiten für Studierende mit Behinderung in den Bereichen Hochschulzulassung, Nachteilsausgleich, Berufsberatung oder Studiengestaltung und Studienprüfungen gibt es noch großen Verbesserungsbedarf. Außerdem wollen wir die Mitsprache und den Einfluss der Behindertenbeauftragten an den Hochschulen stärken. Sie sollen stimmberechtigt in den Entscheidungsgremien vertreten sein und ihre Anregungen und Initiativen verpflichtend in den Gremiensitzungen beraten werden.

Die Einführung von Ansprechpartner*innen für Diskriminierung ebenso wie für sexuelle Gewalt konnten wir Grüne inzwischen im bayerischen Hochschulrecht durchsetzen. Wir werden ihre Arbeit innerhalb der nächsten Legislaturperiode evaluieren und sie gegebenenfalls mit zusätzlich notwendigen Mitteln oder Kompetenzen ausstatten.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung im öffentlichen Sektor massiv erhöhen und auf Zukunftsausgaben ausrichten

Wir Grüne fordern zur Bewältigung der vielfältigen Zukunftsaufgaben, dass der Freistaat die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im öffentlichen Sektor deutlich erhöht und dass auch in Bayern Staat und Wirtschaft gemeinsam bis 2025 insgesamt mindestens 4 % des Bruttoinlandprodukts in Forschung und Entwicklung investieren (wie übrigens in der bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie festgelegt).

Wir Grüne sehen allerdings das BIP als rein mengenmäßigen Wachstumsanzeiger nicht als alleinigen Maßstab für eine ausreichende Forschungsfinanzierung. Vielmehr setzen wir darauf, öffentliche Gelder verstärkt und fokussiert in solche Forschungsaktivitäten zu investieren, die qualitativen Ansprüchen im Sinne von Nachhaltigkeit genügen und eine vorsorgende, Mensch und Umwelt schützende Ausrichtung haben und werden diesen Anspruch in die Ausrichtung der missionsorientierten Forschung einfließen lassen.

Dieser Anspruch erstreckt sich auch auf **die an Unternehmen gerichteten Forschungsförderprogramme des Freistaats, die wir an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs) ausrichten werden.**

Nachhaltige Wissenschaft: Forschen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation

Welche Forschungsergebnisse dereinst einmal für unsere Gesellschaft von Nutzen sein werden, lässt sich vorab selten voraussehen – der Stellenwert der Virologie, Epidemiologie, aber auch der Forschung zur Auswirkungen der Pandemie auf frühkindliches Bildung und psychische Gesundheit, ließ sich noch vor einigen Jahren nicht absehen. Im Gegenteil, gerade diese Disziplinen wurden teilweise systematisch zurückgedrängt. Wir Grüne stehen deshalb für eine Stärkung der Grundlagenforschung, der „kleinen Fächer“ wie auch der Sozial- und Geisteswissenschaften ein, denn nur durch eine starke Grundfinanzierung lässt sich erkenntnisgetriebene Forschung in ihrer ganzen Breite sicherstellen. In den Rahmenvereinbarung und die Hochschulvereinbarungen des Freistaats soll diese Zielsetzung deshalb künftig deutlich stärker zum Tragen kommen.

Bei der missionsgetriebenen Forschung und den Forschungsprogrammen des Freistaats setzen wir künftig darauf, die Lücken und Leerstellen, die die HighTech-Agenda der CSU-Staatsregierung hinterlässt, sinnvoll zu füllen. Die Alterung der Gesellschaft schafft erhebliche Probleme für die Sozialversicherungssysteme. Zudem verstärkt sie den Fachkräftemangel. Im Mobilitätssektor vollzieht sich ein einschneidender Wandel, auf den digitalen Wandel ist der Freistaat vielerorts noch nicht hinreichend vorbereitet. Spätestens die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben uns allen nun überdeutlich gezeigt, welche Versäumnisse in der Forschungs- und Technologiepolitik sich in zentralen Zukunftsthemen gerade in Bayern in den letzten Jahren und Jahrzehnten aufgetürmt haben.

Die Lehren aus der „Zeitenwende“ müssen nun sein, in kurzer Zeit überlebenswichtige Themen wie die Resilienz von Energiewirtschaft und Lieferketten, Kreislaufwirtschaft oder Substitutionsforschung für seltene – oder von autokratischen Regimes kontrollierte – Rohstoffe, mit entsprechenden Programmen zu fördern. Wir Grüne wollen dabei einen verstärkten Fokus auf den Bereich der Energieforschung in seiner ganzen Breite legen statt einer einseitigen Zuspitzung auf Wasserstoffforschung. Denn für grünen Wasserstoff müssen zunächst einmal genug erneuerbare Energien bereitstehen und sämtliche Potenziale zur Energieeinsparung genutzt werden. Dazu braucht es einen Energieforschungs-Turbo analog zu unserem Nachbarland Baden-Württemberg. Denn während in Baden-Württemberg rund 2.000 Wissenschaftler*innen Energieforschung betreiben, sind das in Bayern gerade einmal 500. Dazu wollen wir auch das Zentrum für Angewandte Energieforschung, dem die Staatsregierung kürzlich die institutionelle Förderung strich, wieder mit Landesmitteln ausstatten.

Mit unserer Klimamilliarde unterstützen wir Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Forschung & Entwicklung gleichermaßen bei der Erforschung von Lösungen und Strategien zur Abmilderung oder Bewältigung der Klimakrise. Dafür ist die Arbeit in MINT-Fächern genauso zentral, wie eine geistes- und sozialwissenschaftliche Grundlegung und Beschäftigung mit der Klimakrise und ihren Auswirkungen.

Vor dem Licht internationaler Konflikte ist für uns auch die Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung zentral. Sie führt in Bayern gemäß Evaluierung des Wissenschaftsrats 2019 nur ein Schatten-dasein führt und muss gestärkt werden.

Nicht zuletzt fördern wir Forschung an Technologien und Methoden, die als Alternative zu Tierversuchen dienen können. In diesem Zuge wollen wir mittelfristig ein tierversuchsfreies Studium in Bayern ermöglichen.

Die bayerischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen selbst sollen innerhalb ihres eigenen Betriebs künftig aber ebenfalls noch besser ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung unseres Standorts liefern können. Wir wollen deshalb die bayerischen Hochschulen in ihrem selbstgesteckten Ziel der Klimaneutralität bis 2028 unterstützen. Einmal, wie bereits erwähnt, durch die Bereitstellung von Mitteln für nachhaltige und klimafreundliche Sanierung, Beschaffung und Betrieb. Wir wollen Nachhaltigkeit aber auch als Governanceprinzip der Hochschulen verankern und daher Nachhaltigkeitskriterien in den Qualitätsmanagement- und Qualitätssicherungssystemen der Hochschulen verankern. Wir fördern die Etablierung des Konzepts der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Gesamten an den Hochschulen und die Implementierung von Nachhaltigkeitsthemen in die Lehrpläne aller Studiengänge.

Open Science und Digitalisierung der Wissenschaft fördern

Auch weil immer mehr Bürger*innen genauer wissen möchten, auf welchen Grundlagen eine Entscheidung basiert, brauchen wir nicht nur bei der wissenschaftsgeleiteten Politikberatung, sondern auch bei der Kommunikation wissenschaftlicher Ergebnisse in die Öffentlichkeit deutliche Schritte nach vorne. Zudem wird die Funktionsweise wissenschaftlicher Debatten und die wissenschaftliche Arbeitsweise in öffentlichen Debatten oftmals nicht transparent genug dargestellt. Die Präsenz wissenschaftlicher Debatten und aktueller Forschungsergebnisse in der Öffentlichkeit kann ein wirksamer Baustein in der Bekämpfung von gezielter Desinformation und Verschwörungsideologien sein. Nicht nur die allgemeine Öffentlichkeit hat aber Schwierigkeiten, an wissenschaftliche Erkenntnisse zu gelangen, aufgrund der Dominanz der großen Wissenschaftsverlage wird dies auch für Forscher*innen zunehmend schwieriger. An den bayerischen Hochschulen setzen sich der Open Access-Gedanke und das Prinzip der Open Science auch deshalb immer weiter durch. Die Staatsregierung weist ihre Verantwortung für eine Open Science-Strategie und eine Unterstützung und Finanzierung jedoch derzeit leider zurück.

Wir fördern und beschleunigen die Digitalisierungsbestrebungen der wissenschaftlichen Einrichtungen in Bayern. Dazu unterstützen wir mit notwendigen Investitionen und beim Aufbau digitaler Kompetenzen. Wir bauen die digitale Infrastruktur – vom schnellen Internetzugang und entsprechenden Serverkapazitäten über die digitale Verwaltung hin zum IT-Personal – an Bayerns Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus.

Grundlage unserer Wissenschaftspolitik ist die Feststellung, dass öffentliche Gelder auch öffentlich verfügbares Wissen produzieren sollen. Wir setzen deswegen eine obligatorische Open Access-Zweitveröffentlichung für alle Forschungsergebnisse, die unter Beteiligung öffentlicher Gelder entstanden sind um. Vorbild ist hier das Landeshochschulgesetz von Baden-Württemberg. So kann an öffentlich finanzierten Forschungsergebnissen nicht nur die Öffentlichkeit teilhaben; auch Studierende und andere Forscher*innen können die Ergebnisse so für ihre Studien nutzen und damit zur Weiterentwicklung wissenschaftlicher Erkenntnis beitragen.

Doch wir wollen auch darüber hinaus **Open Science-Prinzipien in der bayerischen Wissenschaftslandschaft noch stärker verankern als bisher.** Dazu braucht der Freistaat endlich eine Open Science-Strategie. Mit ihr wollen wir mehr Sensibilisierung für das Thema schaffen und einen Kompetenzkern in dem Bereich aufbauen. Diese Strategie muss zum Ziel haben, den Zugang zu Forschungsdaten zu erweitern, das Teilen von Daten zu ermöglichen und schlussendlich auch staatliche Forschungsförderung an Open Science-Standards zu knüpfen. Zusätzlich wollen wir die umfangreichen Archivalien im Freistaat umfassend digitalisieren und so einer breiteren Nutzung zukommen lassen.

Eine **bayerische Open Science-Strategie** soll schlussendlich zu gut funktionierenden Datenzugangs-ökosystemen führen, in denen Forschungsdatenzentren ebenso wie Wirtschaftsunternehmen, gegebenenfalls vernetzt über Datentreuhänder, zusammenfinden und das Teilen und die Nutzung von Daten unkompliziert ermöglichen.

Öffentlich zugängliche Forschungsergebnisse und vor allem Daten brauchen aber auch einer sinnvollen, wissenschaftlichen Einordnung. Nicht erst in der Corona-Pandemie haben wir gesehen, welche großen gesellschaftlichen Verwerfungen gezielte Desinformationskampagnen, Wissenschaftsleugnung und Verschwörungsideologien auslösen können. Wir wollen daher Wissenschaftskommunikation als Kernaufgabe von Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärken. Wir unterstützen die Schaffung neuer Aus- und Weiterbildungswege und professioneller Berufsbilder in der Wissenschaftskommunikation in Bayern. Das Know-how dieser Praktiker*innen der Wissenschaftskommunikation wollen wir an den Hochschulen verankern um Forscher*innen bei der Kommunikation ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse zu unterstützen. Denn Wissenschaftskommunikation darf nicht einfach zur „Rucksackaufgabe“ für Forschende und Lehrende werden. Professionelle Wissenschaftskommunikator*innen sollen digitale und analoge Räume schaffen, in denen Grundzüge des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses aber auch interessante Forschungsergebnisse mit der Öffentlichkeit geteilt werden können.

Ethische Diskussionen und Verantwortung der Forschung stärken

Staatliche Forschungsprogramme hatten im CSU-geführten Bayern oft ein einseitiges Interesse an Produkt- und Technologieentwicklung bzw. an der Förderung von Innovation und Wettbewerb. Sie befördern eine systematische Verflechtung von Wissenschaft und Verwertungsinteressen insbesondere über Patente.

In der Folge gibt es für Forschung, die konsequent auf **vorsorgeorientierte Risikoforschung** ausgerichtet ist, kaum finanzielle Anreize. Damit fehlt aber innerhalb der Forschungslandschaft die Heterogenität wissenschaftlicher Kontroversen. Darauf ist unsere Gesellschaft aber angewiesen, wenn sie vernünftige Entscheidungen über den Umgang mit Risikotechnologien treffen will.

Um vielfältige Fragedimensionen von technologischen Entwicklungen konsequent zu bearbeiten, etablieren wir **in Bayern ein eigenständiges und mit eigenen Mitteln ausgestattetes, unabhängiges Institut für Technikfolgenabschätzung**.

Außerdem verankern wir **das Thema Folgenabschätzung in allen Studiencurricula** und stärken Hochschulangehörige in ihren Bestrebungen nach einer verantwortlichen Wissenschaft und Forschung, etwa im Rahmen von **Zivilklauseln**. Die Dual Use-Problematik, gerade auch im Rahmen der Hightech-Agenda der Staatsregierung, soll dabei im Fokus stehen. Für uns hat die Zivilgesellschaft einen Platz an den Hochschulen. Hochschulen sollen ein offener Ort des Dialoges sein, an dem wir selbstverständlich auch gesellschaftspolitische Akteur*innen beteiligen wollen.

Außeruniversitäre Forschung: Bessere Governance-Strukturen und mehr Transparenz in der Forschungsförderung etablieren

Neben den Universitäten und Hochschulen sind auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein wichtiger Teil der bayerischen Wissenschaftscommunity. Bayern hat hier eine besonders große Dichte an außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Wir wollen die außeruniversitäre Forschung noch mehr als bisher mit den Forschungseinrichtungen unserer staatlichen Hochschulen verzahnen.

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sollten sich gezielt um potenzielle Exzellenzstandorte herum ansiedeln, um hier gute Synergieeffekte nutzen zu können und neben den Münchner Exzellenzuniversitäten perspektivisch auch gute Wissenschaft in der Breite, insbesondere im nordbayerischen Raum zu schaffen.

Der Freistaat muss bestehende Förderprogramme und Forschungseinrichtungen regelmäßig und transparent evaluieren. Nur so ist gewährleistet, dass Förderprogramme ihre Zielsetzung erreichen, und bei Bedarf nachjustiert werden können.

Daneben stellt aber auch die staatliche Forschungsförderung selbst für viele Forschende eine Black Box dar. Die Ergebnisse und vor allem die Kriterien von Förderentscheidungen werden oft nicht transparent kommuniziert. Begünstigt wird diese Tatsache dadurch, dass die außeruniversitäre Forschungsförderung vom Wissenschaftsressort entkoppelt ist und sie sich einer parlamentarischen Kontrolle derzeit effektiv entzieht. Um mehr Transparenz herzustellen, sollten die Entscheidungen über Förderungen, die Forschungsförderprogramme selbst und ihre Wirkung regelmäßig evaluiert werden und die Ergebnisse nicht nur dem Landtag, sondern auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Es sollte hier auf eine nachhaltige Förderung Wert gelegt werden und nicht nur auf kurzfristige Strohfeder gesetzt werden. Das gilt gleichermaßen für universitäre wie außeruniversitäre Forschung.

Dazu gehört für uns auch die Etablierung transparenter interner und externer Governancestrukturen an den außeruniversitären Forschungsinstituten, sowie die Etablierung von höheren Standards in Bezug auf Mitbestimmung, Gleichstellungszielen und Berufschancen für den wissenschaftlichen Mittelbau. Wir Grüne sorgen außerdem für eine bessere parlamentarische Kontrolle der Forschungseinrichtungen als Förderempfänger. Durch die bisherige Aufspaltung der Zuständigkeiten für die außeruniversitäre Forschung (Wirtschaftsministerium) und die Hochschulforschung (Ministerium für Wissenschaft und Kultus) ist das nicht möglich, da die Debatten zu Forschung dadurch sehr zersplittert geführt werden und wenig kohärent sind. Themen wie die Auflösung des Zentrum für Digitalisierung Bayern (ZD.B) durch die Staatsregierung passieren so weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Wir werden die außeruniversitäre Forschung daher wieder in das Wissenschaftsressort eingliedern und damit die ganzheitliche Beratung und Abstimmung der Forschungspolitik durch den Landtag ermöglichen.

Für mehr Transparenz bei staatlich finanzierter Forschung in Unternehmen (über verschiedene Forschungsförderungsprogramme) richten wir ein Transparenzregister ein. Darin wird die staatliche finanzielle Unterstützung von Forschungsanstrengungen in Unternehmen dokumentiert, damit diese für die Öffentlichkeit einsehbar und nachvollziehbar ist.

Bayern als Innovationsstandort sichern

Den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnis in andere Bereiche wollen wir fördern. Dabei zählt für uns nicht nur der Transfer in die Wirtschaft, sondern auch in die Zivilgesellschaft.

Wir wollen Pionierland für Innovationen werden, um der nachhaltigen Entwicklung hierzulande und weltweit neue Impulse zu geben. Wenn Forschung in Experimentierräumen getestet wird, kann Innovation schneller zur Anwendung kommen und beispielsweise ganze Stadtquartiere grün gestalten. Deswegen fördern wir die **Etablierung von Reallaboren in Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung und Zivilgesellschaft.** Generell brauchen wir ein neues Verständnis von Innovation, das neben technischem und rein ökonomischem ebenso sozialen und ökologischen Fortschritt in den Blick nimmt.

Die bisherigen Modelle der Technologie-Transfer-Zentren werden wir deshalb auf ihre Tauglichkeit und ihre strukturpolitischen Auswirkungen hin evaluieren. Ausgründungen aus der Wissenschaft wollen wir weiter unterstützen, wenn sie unter klaren Rahmenbedingungen stattfinden. Das heißt für uns insbesondere die Einhaltung von Mindeststandards hinsichtlich interner und externer Governance, Mitbestimmung und Tarif-treue. Gründer*innen aus den Hochschulen haben das Potenzial, auf wirtschaftlicher Ebene Treiber*innen des sozial-ökologischen Wandels zu sein und als Multiplikator*innen zu fungieren. Best-Practice-Beispiele für Gründungsökosysteme im Umfeld von Hochschulen gibt es zum Beispiel am Biotech-Campus in Martinsried bei München oder mit dem digitalen Gründerzentrum für Ostbayern an der TechBase in Regensburg. Bestehende Förderprogramme in dem Bereich wollen wir gerne ausbauen, Gründer*innen im Hochschul Umfeld auch Unterstützung bei der Zurverfügungstellung von Infrastruktur zukommen lassen.

Junge Unternehmen brauchen häufig Hilfestellung im Förderdschungel, bei der betriebswirtschaftlichen Organisation, der Raumbeschaffung und vielem mehr. Durch den Freistaat eingerichtete Non-Profit-Organisationen wie der LabCampus am Flughafen München, welche als Netzwerkorganisation auch Gründer*innen fördert, haben hier Vorbildfunktion. Wir Grüne wollen **weitere Plattformen nach diesem Muster schaffen**.

Häufig scheidet die Weiterentwicklung der sich abzeichnenden Anwendungen in marktreife Produkte auch an der Finanzierung: Zwischen der ausfinanzierten Grundlagen- bzw. Anwendungsforschung und der Weiterentwicklung zur Produktreife liegt eine Finanzierungslücke, das sogenannte „Innovation Gap“. Wir Grüne wollen **die Fördermaßnahmen ausbauen, die helfen, solche Umsetzungslücken zu überbrücken**. Außerdem wollen wir Diversität im Gründungsumfeld weiter stärken und **Gründungen von Frauen gezielt unterstützen**.

Um unsere Nachhaltigkeitsziele schneller zu erreichen, fördern wir gezielt **Social Entrepreneurship**. Dafür brauchen wir regionale Gründerzentren, Fortbildungsmöglichkeiten und Netzwerk- und Clusterstrukturen. Wir Grüne werden einen **Social-Impact-Fund** als Pendant zu technologiefokussierten Fördertöpfen wie den Wachstumsfonds und den ScaleUP-Fonds Bayern ins Leben rufen. Dieser Fonds soll in Organisationen und Unternehmen investieren, die **neben einer positiven finanziellen Rendite in erster Linie messbare, positive Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft erzielen**.

Für mehr **Forschungstransfer in die Zivilgesellschaft** wollen wir **Citizen Science-Projekte** von Hochschulen und einzelnen Wissenschaftler*innen stärken, da so oft neue Blickwinkel in den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess einfließen und wir darin auch eine Möglichkeit sehen, die wissenschaftliche Grundbildung in der Gesellschaft zu erhöhen.

V. FAZIT

Bayern hat viele forschungsstarke und international bedeutende Einrichtungen und eine Hochschul-landschaft mit hervorragender Qualität. Das, ebenso wie (noch) hohe Studierendenzahlen, darf aber nicht über strukturelle Mängel im bayerischen Wissenschaftssystem hinwegtäuschen. Diese reichen von der chronischen Unterfinanzierung des ganzen Systems und der daraus resultierenden, immer größer werdenden Abhängigkeit von privater Finanzierung über die mangelnde demokratische Ausgestaltung der Hochschulen bis hin zu fehlender sozialer Gerechtigkeit in Hochschule und Forschung.

Die bayerische Forschungs- und Entwicklungsquote reicht bei weitem nicht aus. Um zur Spitze gehören zu können, müsste insbesondere die staatliche Wissenschaftsförderung erhöht und die Mittelvergabe evaluiert werden.

Es darf nicht nur um Neuerungen gehen, die unmittelbar anwendbar sind und sich vermarkten lassen. Die erkenntnisorientierte, hypothesengetriebene Forschung darf nicht zu kurz kommen. Denn die Herausforderungen sind groß – und es geht nicht nur um Wasserstoff, KI und Luft- und Raumfahrt, wie die CSU-Staatsregierung uns glauben machen will.

Demografischer Wandel, geopolitische Herausforderungen und zunehmend gesellschaftliche Komplexität lassen gerade die Sozial- und Geisteswissenschaften für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt essentiell werden. Die staatliche Wissenschaftsförderung hat zudem in vielen Bereichen wie zum Beispiel in der Erforschung klimafreundlicher Technologien und erneuerbarer Energien Jahrzehnte verschlafen. Hier muss künftig geklotzt statt gekleckert werden.

Um die derzeitige Entwicklung weiter halten zu können muss der staatliche Anteil an den FuE-Aufwendungen auf mindestens 4% des BIPs erhöht werden. International ist Bayerns Position im Innovationswettbewerb nicht nur von den etablierten Spitzenstandorten wie Schweden, Finnland und Japan herausgefordert, sondern vor allem von den aufstrebenden Schwellenländern mit ihrem enormen Potenzial an gut ausgebildeten und leistungsbereiten Fachkräften, wie z.B. Korea, China und Indien. Forschung soll aber nicht nur Input für die deutsche Exportindustrie liefern. Sie wird gebraucht, um die Lebensqualität weltweit zu verbessern, und zwar auf klimaverträgliche, nachhaltige Weise. Forschung und Innovation sind daher Zukunftsvorsorge. Für Wissenschaft und Forschung an Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie auch im privaten Sektor sind aber optimale Rahmenbedingungen auf Basis attraktiver Forschungs- und Arbeitsbedingungen und moderner Infrastrukturen nötig sowie zusätzliche Anreize für Erwerb von Forschungsförderung für FuE.

Die Strukturen der Hochschulen müssen entsprechend gestärkt und modernisiert werden, so dass sie durch eine starke Grundfinanzierung einerseits in die Lage versetzt werden, ihren Kernaufgaben ohne beständiges Einwerben von Drittmitteln gerecht werden zu können, und neben ihren Grundaufgaben durch ein professionelles, mit entsprechenden Stellen ausgestattetes Wissenschaftsmanagement in die Lage versetzt werden, an diesen Programmen teilzuhaben ohne dass dies auf Kosten des Regelbetrieb geht. Gleichzeitig ist der Freistaat Bayern gefordert, einen gerechten Zugang zur akademischen Bildung zu ermöglichen, die demokratische Teilhabe aller Statusgruppen an Hochschulen zu stärken, die prekäre Beschäftigungssituation des akademischen Mittelbaus abzustellen und Gleichstellung und Diversität an Bayerischen Hochschulen endlich aktiv zu befördern, anstatt wie bisher unter dem Deckmantel der Hochschulautonomie sinnvolle Steuerungsinstrumente zu blockieren.

Denn nur, wenn alle klugen Köpfe auch gleiche Chancen erhalten, ihr Potenzial einzubringen, werden wir die Bayerischen Hochschulen zu dem machen können, was sie sein können: Ideenlabore, Herzkammern des gesellschaftlichen Fortschritts und positive Beispiele für die Chancen internationaler Zusammenarbeit.

Für all diese Aufgaben ist es notwendig, dass der Freistaat Bayern künftig seine Rolle annimmt, mit klaren, sanktionierbaren Zielvorgaben und Rahmenbedingungen die richtigen wissenschaftspolitischen Weichenstellungen zu setzen, damit Bayerns Wissenschaftslandschaft all ihren Aufgaben gerecht werden kann: hochklassige Forschung in allen bayerischen Regionen, qualitativ gute Lehre für alle, Wissenschaftskommunikation und Transfer, um und die für die Zukunft unserer Demokratie so wichtige „third mission“, die gesellschaftliche Funktion der Hochschulen, zu befördern.

Wir Grüne werden all dies im Bayerischen Landtag weiterhin einfordern, und bei künftigen Regierungsbeteiligungen die Finanzierung von Bildung, Hochschulen und Forschung bedarfsgerecht ausbauen. Denn Zukunft gibt es nicht zum Nulltarif!

KONTAKT

www.gruene-fraktion-bayern.de

Stand: März 2023



Verena Osgyan, MdL

Stv. Fraktionsvorsitzende, Wissenschafts- und
hochschulpolitische Sprecherin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089 4126-2574

verena.osgyan@gruene-fraktion-bayern.de



Anne Franke, MdL

Forschungs- und friedenspolitische Sprecherin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089 4126-2744

anne.franke@gruene-fraktion-bayern.de